

Danziger Zeitung.

No 16907.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterpölgasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Politische Uebersicht.

Danzig, 6. Februar.

Die Wirkung des Friedensmanifestes.

Die ganze Welt steht unter dem Eindruck der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses. Ueberall hat dieselbe das größte Aufsehen erregt, fast nirgends aber Beunruhigung, und die bei weitem größte Zahl von Kundgebungen aus den Centren der europäischen Politik läuft auf die Annahme hinaus, daß der Vorgang sich den auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen erheblich förderlich erweisen werde. Die Veröffentlichung des Vertrages und die ihm beigegebenen Bemerkungen sind ein Friedensmanifest und werden, wie sich jetzt constatiren läßt, mit nur wenigen Ausnahmen richtig als solches aufgefaßt.

Mit gespannter Aufmerksamkeit sind nun die Augen der Welt in diesem Augenblicke nach Berlin gerichtet, wo heute der Reichskanzler selbst im Reichstage über die äußere Politik zu sprechen verheißt hat. Ein gewaltiger Andrang machte sich, wie man uns aus Berlin berichtet, schon gestern am Billethalter für die Parlamentstribünen geltend und die Abgeordneten vermochten sich vor Gesuchen um Plätze kaum zu retten. Nach allgemeiner Annahme will der Reichskanzler sich auf eine kurze Rede beschränken und die Parteien des Reichstages werden wahrscheinlich nur wenig umfangreiche Erklärungen abgeben, zumal da man trotz der Bedenken gegen einige Einzelheiten das Anleihen- und Wehrgesetz einmüthig zu bewilligen entschlossen ist. Was der Reichskanzler sprechen wird, darüber Conjecturen zu machen, wäre natürlich in dieser Stunde ein überflüssiges Beginnen. In einer Unterredung mit einem Diplomaten soll er kürzlich seiner Uebersetzung dahin Ausdruck gegeben haben, daß ein Krieg in diesem Jahre nicht, und überhaupt nicht vor dem Jahre 1892 stattfinden werde. Warten wir ab, was der Telegraph über sein heutiges Auftreten berichten wird.

Man darf aber wohl jetzt schon annehmen, daß die Veröffentlichung des Vertrages nicht in Folge eines Einzelereignisses neuesten Datums, wie der Annäherung des Barons Mohrenheim an den Radicalen Floquet oder der Verhandlungen über die russische 300-Millionen-Anleihe, geschehen, sondern das Ergebnis kaltblütiger Erörterungen darstellt.

Es erübrigt, einige der hervorragendsten Pressenurtheile aus den Hauptstädten der Großmächte zu registriren.

Das officiöse „Fremdenblatt“ in Wien bemerkt, wie aus Wien telegraphisch gemeldet wird, in seiner gefirgten Zeitungsrundschau:

Die Nachrichten aus Berlin und Pest stimmen in der Constatation des mächtigen Einbruchs überein, den die Publication des Bündnisvertrages hervorgerufen hat. Man würdige überall die Bedeutung der Thatsache, sowie man auch dem rein defensiven Charakter des Bundes laute Anerkennung zollte. Gehen auch die Ansichten über die Gründe der Publication in den Journalen weit auseinander, so wird doch von allen Organen die Zuversicht ausgesprochen, daß die Publication nur beruhigend wirken könne, indem sie die starken Garantien des Friedens und die defensiven Zwecke des Bundes offenbarte.

Das genannte Blatt führt in einer weiteren Beschreibung der Publication des Friedensbündnisses aus, daß das Bundesverhältnis mit seinen ausschließlich den Frieden Europas beschirmenden Zielen den wahren Wünschen der Völker dieser Reiche vollkommen entspreche. Was die Staatskunst überhaupt vermochte, was sie, von edlen Zwecken geleitet, für die Sicherheit des Friedens und der Staaten an ethischen und materiellen Garantien aufzubieten im Stande war, das sei von der deutschen und österreichisch-ungarischen Diplomatie geschehen.

Die „Reform“ in Rom sagt, die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages sei ein Akt der Copacität und es sei Grund zu glauben, dieselbe werde einen durchaus günstigen Einfluß auf die Erhaltung des Friedens aus-

üben. Die „Opinione“ sieht in der Veröffentlichung des österreichisch-deutschen Bündnisvertrages eine Warnung, die nicht nur an Rußland, sondern gegen jedermann, der den Krieg provociren wollte, gerichtet sei; besonders beachtenswerth erscheine die Thatsache, daß man in Wien und Berlin eine solche Warnung für nothwendig erachtet habe. In ähnlicher Weise sprachen sich gestern nach Telegrammen aus Rom die „Stale“ und die „Tribuna“ aus. „Sanfulla“ charakterisirt die Veröffentlichung als ein mit möglichst geringer Schärfe formulirtes Ultimatum. „Officiatore Romano“ meint, die Veröffentlichung diplomatischer Aktenstücke sei stets an und für sich als das Anzeichen einer eher ernstlichen politischen Lage zu betrachten.

Am meisten gespannt dürfte man auf den Eindruck sein, den die Vertragsveröffentlichung in Frankreich und Rußland machen würde. Natürlich, daß hier die Auffassung vielfach eine andere ist, als in Berlin, Wien und Rom.

Die Pariser Blätter von gestern Morgen nun bezeichnen den Vorgang als eine ernste Thatsache und sind der Ueberzeugung, daß dieselbe auf die freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Rußlands einen günstigen Einfluß ausüben, dagegen die Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland nur vergrößern werde. Das „Journal des Debats“ constatirt, daß die Veröffentlichung des Vertrages in ganz Europa viel eher den Eindruck eines Alarmschusses, als den einer Friedensbotschaft gemacht habe. Das Blatt erklärt, der Vertrag müsse unvollständig veröffentlicht sein, da er nichts darüber verlaute, was geschähe, wenn Rußland im Orient angreift. Nach den „Debats“ bezweckt die Veröffentlichung weniger eine Drohung an Rußlands Kaiser, oder eine Warnung an die Panflossisten, als vielmehr eine feierliche Kundgebung an die Kriegspartei Europas überhaupt über die unerschütterliche Festigkeit des Bündnisses. Nach dem „Gaulois“ würde die Veröffentlichung eine Neugruppierung der Mächte fördern. „L'Echo de Paris“ sieht die Publication als ein Ultimatum an Rußland an und hält einen europäischen Krieg für unvermeidlich. Frankreichs Rolle sei, sich ruhig und bereit zu halten. Das radicale „XIX. Siècle“ meint, die Veröffentlichung hätte den Zweck, das stark erschütterte Vertrauen Oesterreich-Ungarns zu dem deutsch-österreichischen Bündnis wieder zu beleben. Die radicalen Blätter bleiben dabei, Rußland werde sich nicht einschüchtern lassen. Das Jarenreich bedrohe den Frieden nicht, — die Provocation käme von Deutschland.

Die Petersburger Blätter endlich erkennen die Tragweite der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages an, beschreiben dieselbe indeß verhältnismäßig ruhig. Die „Neue Zeit“ sagt:

Die hiesigen competenten Kreise könnten an der Aufrichtigkeit der Erklärung des „Reichsanzeigers“ in Bezug auf den Grund der Veröffentlichung nicht zweifeln. Das Blatt hegt nur den Wunsch, daß diese Erklärung des „Reichsanzeigers“ ihres Einbruchs auch nicht auf einen gewissen Theil der auswärtigen Presse verfallen möge, welche Rußland unausgeseht als einen Staat bezeichne, gegen welchen außerordentliche Maßnahmen getroffen werden müßten. Die im Artikel 3 des Bündnisvertrages ausgesprochene Hoffnung, daß die Rüstungen Rußlands keine bedrohliche für den Westen sein würden, müsse jetzt zur völligen Uebersetzung werden, denn Rußland habe jüngst unbestreitbare Beweise seiner Friedensliebe gegeben. Rußland könne, da es niemand angreifen wolle, dem Bündnisvertrage ruhig in's Auge sehen, der gleichwohl den Intentionen der russischen Regierung entgegengesetzte Ziele im Auge habe. Wenn Deutschland darauf beharre, daß der Zweck der Veröffentlichung thatsächlich derjenige sei, den es angebe, so erlärte Rußland nur, die factischen Beweise dafür abzuwarten.

Die meisten übrigen Zeitungen schließen sich dieser Schluss-Ausscheidung der „Neuen Zeit“ an. Das officiöse „Journal de St. Petersburg“ reproducirt unter besonderer Hervorhebung die Eingangserklärung des „Reichsanzeigers“, nach welcher man sich zu der Publication entschlossen habe, „um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwerthet werden“. Das

garett rauchend am Kamin. Folgendes der fast wörtliche alsbald aufgeschriebene Inhalt des Gesprächs:

Jch: Haben die gestrigen Untersuchungen und Consultationen die frühere Krankheits-Diagnose umgewandelt?

M.: Durchaus nicht. Nur ist jetzt außer Zweifel gestellt worden, daß eine Perichondritis vorhanden ist, wogegen noch immer nicht mit Bestimmtheit behauptet werden kann, daß auch Krebs vorhanden sei.

Jch: Können die beiden Krankheiten nebeneinander hergehen?

M.: Sehr wohl, wie es auch bei einigen anderen Krankheiten, z. B. der Kehlkopfschwindsuch, vorkommen kann, daß sie von einer Anorepshaut-Entzündung begleitet werden.

Jch: Ist es in der langen Beobachtungszeit und bei den zahlreichen Untersuchungen nicht möglich gewesen, sich zu vergewissern, ob Krebs vorhanden sei oder nicht?

M.: Nein, weil wir nicht, wie bei einem Brustkrebs oder Zungenkrebs, durch Befühlen und Befühlen uns Gewissheit verschaffen können; denn ein großer Theil des Kehlkopfes ist jeder Einsicht entzogen.

Jch: Darf man auf vollständige und schnelle Heilung hoffen, falls lediglich Perichondritis vorliegt?

M.: Schnell könnte die Heilung auch in diesem Falle nicht erfolgen. Die Anorepshaut gehören zu denjenigen Theilen des Körpers, welche am wenigsten Gewebe enthalten; sie haben deren sogar noch

Journal bemerkt hierzu, es sei demnach ganz besonders hervorzuheben, daß die beiden Regierungen von dem Wunsch geleitet sind, den Frieden zu erhalten, und daß sie die Ueberzeugung hegen, durch eine Bekanntgabe des Inhalts des Vertrages zu einer Befestigung aller in dieser Beziehung gehegten Zweifel zu gelangen; es sei zu wünschen, daß dieses Ziel erreicht werde.

Ähnlich äußert sich der unter russischen Einflüsse stehende „Nord“ in Brüssel, indem er dem Wunsch Ausdruck giebt, daß die Veröffentlichung die friedlichen Folgen haben möge, die man in Wien und Berlin erwarte.

Ueber die Tripelallianz.

verlautet in Wien nach einer Meldung des „D. Montagsbl.“, daß der betreffende Vertrag gewissermaßen eine Ergänzung des austro-deutschen Vertrages sei und für Deutschland die Deckung seiner westlichen Grenze bedeute; wie das austro-deutsche Bündnis sich gegen einen Angriff Rußlands richtet, so wendet sich das deutsch-italienische Bündnis gegen einen Angriff Frankreichs. Doch verpflichtet der Vertrag zwischen Italien und Deutschland die beiden Contrahenten nicht, einander mit der gesammten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen; vielmehr ist Italien verpflichtet, falls Deutschland von Frankreich angegriffen werden sollte, eine Streitmacht von 300 000 Mann an den Alpenpässen aufzustellen, während Deutschland im Falle eines Angriffes von französischer Seite auf Italien die Pflicht hat, eine Armee von ebensolcher Stärke an der französischen Grenze zu concentriren. Auch das deutsch-italienische Bündnis bezieht sich nur auf den einzigen Fall eines von Frankreich ausgehenden Angriffes. Ein Angriff, der von einer anderen Macht ausgeht, verpflichtet die Allirten nur zu einer wohlwollenden Neutralität, ausgenommen den Fall, daß Frankreich sich anschickt, den gegnerischen Angriff durch irgend eine Cooperation zu unterstützen, in welchem Falle gleichfalls der Causus foederis gegeben ist. Auch der italienisch-deutsche Allianzvertrag enthält Erklärungen über den rein defensiven Charakter dieses Bündnisses.

Die Anleihevorlage.

Anlässlich der Anleihevorlage ist schon neulich darauf hingewiesen worden, daß in dem beigelegten Schema eines Nachtrags zum Militäretat, der bei der ebulligsten Feststellung desselben zu berücksichtigen sein wird, — die Anleihe soll sofort, nicht erst mit dem 1. April d. J. bewilligt werden — an Zinsen für die Anleihe für das Etatsjahr 1888/89 nur 2.8 Mill. Mk. einzustellen sein würden. Mit anderen Worten: bis zum 30. März 1889 soll nach der Absicht der Regierung nur ein Theil der Anleihe in Höhe von 80 Mill. Mark realfirt werden. Der Beschlußfassung des Reichstages bei der Bewilligung der Anleihe unterliegen diese Ziffern nicht; aber selbst wenn das der Fall wäre, so würde die Regierung doch nicht verhindert sein, je nach der Lage der Verhältnisse im nächsten Jahre einen größeren Theil der Anleihe summe zu realisiren, als sie selbst jetzt in Aussicht stellt. In parlamentarischen Kreisen hieß es, daß bei der Berathung der Anleihe aus dem Gausse die Einstellung einer höheren Summe für die Verzinsung angeregt, d. h. also der Regierung die sofortige Realfirtung eines größeren Theils der Anleihe angeboten werden solle, um dadurch in einer eclatanten Form dem Reichskanzler im Anschluß an die erwarteten Mittheilungen desselben ein directes Vertrauensvotum zu geben. An sich freilich ist die Bewilligung einer Pauschsumme von 278 Mill. Mk. das stärkste Vertrauensvotum, welches ein Parlament erteilen kann.

Steuerreformverhandlungen.

Bei den Verhandlungen zwischen Conservativen und Centrum über die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände handelt es sich, wie man uns aus Berlin mittheilt, weniger um das Schulüberweisungsgezet, als um die lex Huene. Im Centrum soll allerdings Neigung vorhanden sein, statt des Schul-

weniger als die Knochen, brauchen in Folge dessen äußerst wenig Blut zu ihrer Ernährung und erkranken nur unter besonders ungünstigen Umständen. Sie werden jedoch angegriffen, wenn langdauernde Erkrankung der sie ernährenden Haut vorliegt, was beim Aronprinzen der Fall ist. Eben so schwer wie die Erkrankung erfolgt die Heilung der Anorepshaut, weshalb keinesfalls auf eine schnelle Genesung des Aronprinzen zu rechnen ist.

Jch: Hat die Ablösung des am 17. d. M. ausgehusteten Patrikeldens vom Kehlkopfgewebe irgendwelche diagnostische Bedeutung?

M.: Allerdings. Sie war erstens in mechanischem Sinne vorthellhaft, weil sie den Athemweg freier machte; in der That ist die Athmung des hohen Patienten jetzt ganz vortheilhaft, und er schläft wie ein Kind. Zweitens hat sie eine günstige prognostische Bedeutung, weil es etwas ganz Ungewöhnliches ist, daß beim Krebs eine derartige Ablösung nekrotischer Theile vorkommt.

Jch: Stehen die Kopschmerzen, an denen der Aronprinz leidet, im Zusammenhang mit der Krankheit?

M.: Das braucht man nicht anzunehmen. Es ist sehr wohl möglich, daß dieselben mit der Schwäche zusammenhängen, welche auf das Fieber zurückzuführen ist, welches den Aronprinzen in der Zeit vom 14. bis 17. December befallen hatte. Dasselbe war stärker, als die Aeryte seiner Zeit zugegeben haben, und hatte den hohen Patienten merklich mitgenommen.

Jch: An den Gerüchten von einer baldigen

überweisungsgezetes ein Gezet zu machen, welches die 20 Millionen des ersten und die 15 Millionen der lex Huene vereinigt und diese 35 Millionen (halbe Grund- und Gebäudesteuer) als feste Rente den Communalverbänden (wahrscheinlich den Aereisen) überweist. Bei den Conferenzen findet aber dieser Plan nicht unbedingte Zustimmung. Man möchte dort eher noch nur die lex Huene aufheben und die 15 Millionen (1/4 der Grund- und Gebäudesteuer) den Aereisen überweisen. Einstweilen ist aber weder für den einen noch für den anderen Plan eine Majorität.

In der italienischen Deputirtenkammer

vertheidigte vorgestern bei der Berathung des rectificirten Budgets pro 1887/88 der Finanzminister die Finanzpolitik und sprach die Hoffnung aus, daß der Handelsvertrag mit Frankreich werde abgeschlossen werden können; im entgegengeetzten Falle dürfe man wegen der Consequenzen nicht zu sehr erschrecken, denn der italienische Credit basire nicht auf nur einem einzigen Markte. Die Regierung müsse sich die Freiheit der Initiative vorbehalten und acceptire (er der Minister) deshalb die von Branca vorgeschlagene Tagesordnung. Dieselbe lautet: Indem die Kammer vertraut, daß die Regierung Maßregeln vorschlagen werde, um die nationale Wirthschaft zu stärken und das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, geht sie zur Tagesordnung über. — Der Minister beklagt das System, nach welchem man die Staatsfinanzen discreditiere, um die Regierung zu bekämpfen, und verlangt ein klares Vertrauensvotum oder ein strenges Urtheil ohne mißerbende Umstände. Ministerpräsident Crispi erklärte, man sei in der Vergangenheit zu coulant gewesen in der Abschaffung gewisser Steuern und in der Bortirung neuer Ausgaben, man müsse sich demnach auf neue Opfer vorbereiten. Die öffentlichen Arbeiten erheischen hohe Summen und ebenso das Unternehmen in Massaua, welches übrigens nicht sein Merk sei. Die europäischen Verhältnisse seien derart, daß Italien nicht gleichgültig bleiben könne. Crispi verwies auf die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages und meinte, es sei dies ein Avis, daß man den Frieden wolle, und auch Italien arbeite für dieses Ziel und müsse es thun. Es sei demnach eine starke Armee und Marine nothwendig. Die finanzielle Lage sei keine so ernste, wie gewisse Gegner dies behaupten; Italien habe schon viel größere Schwierigkeiten überwunden und werde auch die gegenwärtigen zu überwinden wissen, denn man appellire niemals vergebens an den Patriotismus der Italiener.

Baccarini beantragte folgende Tagesordnung: „Nachdem die Kammer die Erklärungen der Regierung vernommen hat, drückt sie derselben ihr Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über.“

Crispi erklärte sich mit dieser Tagesordnung einverstanden, ebenso Branca, worauf dieselbe mit 240 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. 22 Deputirte von der äußersten Linken enthielten sich der Abstimmung.

Die französische Deputirtenkammer

hat am Sonnabend den Beschluß gefaßt, die Interpellation Laur wegen der wucherischen Steigerung der Rusperspreise bis zur nächsten Woche zu vertagen.

Bei den Deputirten der Rechten wurden am Sonnabend von Vertretern der Actionäre des Panama-Canal-Unternehmens Schritte gethan, um dieselben zu veranlassen, einen Antrag auf Genehmigung der Ausgabe von 775 Mill. Francs in Coopen einzubringen.

Wahlen in Rumänien.

Bei den vorgestern vorgenommenen Deputirtenwahlen durch das erste Wahlcollegium, welches 75 Deputirte zu wählen hat, wurden, wie aus Bukarest telegraphirt wird, 48 Anhänger der Regierung, 16 Candidaten der Opposition und 2 Unabhängige gewählt; für 9 Deputirtenstimmen Stimmwahlen erforderlich. Die Wahlen des zweiten Wahlcollegiums haben gestern stattgefunden, diejenigen des dritten finden heute statt.

Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland ist also nichts Wahres?

M.: Der Aronprinz, der lediglich des Allmas halber hierher geschickt worden ist und für den eine warme Temperatur, sowie das Athmen in reiner soniger Luft ein Hauptforderniß ist, kann unmöglich nach Deutschland zurückkehren, bevor es auch dort warm ist. Er wird also voraussichtlich bis zum Mai hier bleiben. Dann geht er direct und ohne Zwischenstation nach Potsdam und von dort vier bis sechs Wochen später nach Gries bei Bozen.

Jch: Was hat die mikroskopische Untersuchung des ausgehusteten Gewebestückchens ergeben?

M.: Wir warten noch auf den Bericht Virchow's, welcher die Untersuchung schon vorgenommen hat, aber noch Zeit zu genaueren Feststellungen verlangt.

In der weiteren Unterhaltung wurde mir befragt, was schon von seiten Dr. Krause's verlaute hatte, daß aus der erfolgten Anknüpfung der Vorlesungen des letzteren nicht auf seine verfrühte Rückkehr nach Berlin zu schließen sei. Er wird hier bleiben, so lange der Aronprinz bleibt. Die Beziehungen zwischen ihm und Mackenzie sind die besten und scheinen durch das jüngste Zusammentreffen noch gewonnen zu haben. Als ich mich von Mackenzie verabschiedete und bereits sein Zimmer verlassen hatte, öffnete er noch einmal die Thür, um mich wiederholen, daß das herliche Verhältniß zwischen ihm und den deutschen Aeryten betont werden möge.

Mackenzie über den Kronprinzen.

Der eigene Berichterstatter der „Post. Ztg.“ läßt derselben aus San Remo vom 31. Januar einen ausführlichen Bericht über ein Gespräch zugehen, das er an jenem Tage mit Dr. Mackenzie gehabt hat. Einzelne Thatsachen sind inzwischen schon durch den Telegraphen gemeldet worden. Doch geben die Aeußerungen Mackenzies im Zusammenhang ein klares und bestimmtes Bild von seinem ärztlichen Urtheil, wie er es sich zur Zeit nach Maßgabe seiner Untersuchungen und in voller Uebereinstimmung mit den deutschen Aeryten des Kronprinzen gebildet hat. Der Correspondent der genannten Zeitung schreibt:

Jch traf den Vertrauensarzt des Kronprinzen in der freundlichen sonnigen Eshube im Hochparterre des „Hotel de la Mediterranee“, die ihm als „sitting room“ dient, beim ersten Frühstück, das ihm selten ungestört einzunehmen vergönnt ist und bei dem ihm ein älterer Landsmann Gesellschaft leistete. Mit der gewohnten offenen Lebenswürdigkeit willkommen geheissen, ersuhr ich aus dem Gespräch, daß Mackenzie beabsichtigt, den Tag zu einem Ausfluge nach Ventimiglia und einem Besuche der dort gelegenen herrlichen Villa Moriola, Eigenthum des Engländers Hanburn, zu benutzen, die auch die Kronprinzessin schon wiederholt mit ihrem Besuch beehrt hat. Dennoch wollte er mich nicht unverrichteter Sache gehen lassen. Nachdem der Tischgenosse sich empfohlen hatte, saßen wir bald uns unterhaltend und eine Ci-

Die Reise des Fürsten Ferdinand

durch Ostrumelien hat, von ihrer legalen und formellen Seite abgesehen, in der politischen Welt zu günstigen Urtheilen über die Lage in Bulgarien Anlass gegeben. So wird der „Vol. Corr.“ aus Paris geschrieben: Man findet, daß der dem Prinzen bereitete warme Empfang durchaus den Stempel der Aufrichtigkeit trug, und schließlich daraus, daß er im Lande festen Boden gefunden. Von den rein amtlichen Kreisen abgesehen, ist die öffentliche Meinung ganz auf Seite der Bulgaren, deren Muth und Beharrlichkeit überall rühmende Anerkennung findet. Der Satz: „Bulgarien den Bulgaren“ erscheint nachgerade als die einzige gerechte Lösung der Frage. Die Hoffnungen auf das Zustandekommen einer Konferenz oder eines Congresses verschwinden immer mehr; dafür werden aber die Ereignisse wie bisher langsam vorwärts schreiten und den status quo in Bulgarien festigen. Man glaubt hier, daß hierdurch eine Art factischen Bestandes geschaffen sein wird, ein Fall völkerrechtlicher Verjährung und Erstigung, auf den Rückblick zu nehmen Europa sich bemüht sehen werde.

Reichstag.

29. Sitzung vom 4. Februar.

Der Gesetz-Entwurf wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, vom 17. April 1886 geht nach längerer Debatte an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Es folgt der Gesetz-Entwurf, betreffend die Zurückverführung im Auslande angestellter Reichsbeamten und Personen des Soldatenstandes.

Auf die Frage des Abg. Hahn, wer im Sinne des Gesetzes zur Familie gehört und was man unter „Heimath“ verstehe, erwidert

Abg. Rath Humbert: In manigjähriger Praxis hat das Auswärtige Amt als zur Familie gehörig stets die sämtlichen Verwandten betrachtet, die mit dem Verstorbenen einen Hausstand bildeten; in geeigneten Fällen hat man auch die Dienstboten dazu gerechnet. Unter „Heimath“ hat man niemals den Landungshafen verstanden, sondern stets den Ort, wo die Hinterbliebenen ihren Wohnsitz nehmen wollen.

Die Vorlage wird in 1. und 2. Berathung genehmigt. Es folgt der Nachtragsetz 1888/89.

Abg. Weßky (n.-l.): Unter den Ausgaben des Nachtragsetzels befinden sich 6300 000 Mk. für die Post- und Telegraphenverwaltung zum Ankauf zweier Rabel. Diese Summe soll durch eine Anleihe gedeckt werden. Die Revenuen der Rabel würden aber der Post- und Telegraphenverwaltung zu Gute kommen, während das Reich die Kosten der Anleihe zahlt. Das scheint mir kein correcter Zustand zu sein. Redner schlägt vor, daß die Zinsen der Anleihe auf Rechnung der Post- und Telegraphenverwaltung kommen.

Abg. Schrader: Durch die Motive der Vorlage halte ich es nicht für genügend begründet, daß die Erwerbung der beiden Rabel von Reichs wegen geschehen muß. In dieser Hinsicht scheint mir deshalb eine materielle Erörterung in der Commission nothwendig. Die Frage der Amortisation halte ich für eine durchaus berechtigte. Wir sind in kurzem zu einer Verdoppelung unserer Schulden gekommen und haben alle Veranlassung, die Frage in nähere Erwägung zu ziehen. Sie ist jedenfalls nicht so einfach, wie sie der Vorredner ansetzt.

Die Vorlage geht an die Budgetcommission. Es folgt die dritte Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.

Die Vorlage wird mit Ausnahme des § 12 nach dem Beschlusse der zweiten Lesung angenommen. § 12 bestimmt nach der Vorlage, daß durch Specialgesetzgebung festgestellt werden sollte, in welchem Umfange das Reich den Dienstverwandten der gewählten Unterstützten zurückerstatten solle. In zweiter Lesung war dem Antrage der Commission gemäß beschlossen worden, daß der Ersatz seitens des Reichs innerhalb eines Jahres in Höhe des Mindestbetrags der gewählten Unterstützten gewährt werden solle. Heute liegen 2 Anträge vor: 1. von dem Abg. Richter, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, 2. seitens des Abg. v. Kleist-Nechow, die Entschädigung in Höhe des Mindestbetrags aus Reichsfonds zu gewähren, über den Zeitpunkt der Zahlung aber ein Specialgesetz zu erlassen.

Staatssecretär v. Bötticher erklärt, daß der Beschuß der zweiten Lesung für den Bundesrath unannehmbar ist. Er empfiehlt den Antrag Richter; auch der Antrag v. Kleist sei eine Verbesserung des Beschlusses zweiter Lesung.

Abg. v. Kleist-Nechow (conf.): Die Regierungsvorlage ist für uns unannehmbar. Wenn im Falle eines unglücklichen Krieges das Reich den Communen die für Unterstützungen aufgewendeten Beträge nicht sofort oder in einem Jahre ersetzen könnte, so wäre es am einfachsten, die Frist in der Commissionsfassung von einem Jahre auf mehrere Jahre zu verlängern. Unser Antrag verfolgt aber den Mittelweg, indem er die Höhe des Ersatzes festlegt und den Zeitpunkt desselben einem späteren Specialgesetze überläßt.

Abg. Richter: In der zweiten Lesung haben wir dem Antrage der Commission zugestimmt, weiteres für die dritte Lesung vorbehalten. Die Erklärung des Ministers v. Bötticher, daß jener Beschuß unannehmbar sei, hat uns dazu veranlaßt, weil wir an dieser Bestimmung das werthvolle Gesetz nicht scheitern lassen wollen, die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu beantragen. Der Antrag Kleist-Nechow war uns damals nicht bekannt. Der Unterschied zwischen den Anträgen ist nicht so groß, wie der Vorredner darstellte. Daß die Entschädigung an die Dienstverwandten gewährt werden muß, ist durch das Gesetz festgestellt. Die Zeitbestimmung lassen beide Anträge weg und es muß gegeben werden, daß es sehr unbedeutend und theuer werden kann, in Kriegszeiten gleich diese Beträge in die Anleihe mit aufzunehmen. Der Antrag Kleist-Nechow will den im § 5 festgestellten Mindestbetrag der Unterstützung an die Anleihe vom Reich zurückstellen, wir wollen die Sache dem Specialgesetz überweisen, allerdings in der Hoffnung, daß den Kreisen vom Reich mehr als dieser Mindestbetrag gewährt werden möchte. Die Furcht, daß trotz der Feststellung des Principes, daß eine Entschädigung den Kreisen vom Reich gewährt werden muß, garnichts gewährt werde, haben wir nicht; das wäre eine Verhöhnung dieses Gesetzes. Wir glauben auch nicht, daß das Vaterland jemals in eine so üble Lage kommen könnte. Wählen Sie zwischen beiden Anträgen. Wird der unsrige abgelehnt, können wir auch für den Antrag Kleist-Nechow stimmen.

Abg. Graf Ballestrem (Centr.): Auch ich habe in der zweiten Lesung für die Commissionsfassung gestimmt, nach der bestimmten Erklärung des Staatssecretärs v. Bötticher werde ich das Amendement v. Kleist annehmen.

Abg. Hahn (conf.): Wenn in diesem Gesetz das Princip des Ersatzes durch das Reich festgestellt wird, kann die Höhe nicht in das beliebige Ermessen der späteren Gesetzgebung gestellt werden.

Abg. Meyer-Jena (n.-l.): Es gereicht mir zur Genugthuung, constatiren zu können, daß es auch einmal einem Deutschfreisinnigen passiren kann, in der dritten Lesung anders zu stimmen als in der zweiten. Wir werden in erster Linie für den Antrag Richter und wenn derselbe abgelehnt wird, für den Antrag Kleist-Nechow stimmen.

Abg. v. Heereman (conf.): Es würde unsere für uns kämpfenden Soldaten viel mehr beruhigen, wenn sie wüßten, das Reich hat durch Gesetz bestimmt, daß ihre Familien das und das bekommen, als wenn sie wüßten, daß im Gesetz Umfang und Höhe der Unterstützung einem weiteren Gesetze vorbehalten ist. Beruhigen wir so den Soldaten, so thun wir eine viel größere patriotische That, als wenn wir die Regierungs-

vorlage annehmen. Führen wir einen unglücklichen Krieg, so ist das Reich auch viel eher im Stande, die Unterstützung zu leisten, als die durch den Krieg genommenen Lieferungsverträge.

Abg. Richter: Ueber die Interpretation des Gesetzes, wie sie der Vorredner gegeben, bin ich sehr erstaunt. Die Mahnung an den Patriotismus entbehrt jeder Unterlage. (Sehr richtig! links.) Um die Schmälerung der Unterstützung der Familien der Soldaten handelt es sich gar nicht. Diese wird nach § 5 unter allen Umständen gewährt. (Sehr richtig! links.) Hier steht nur in Frage, was den Kreisen vom Reich zurückgestellt werden soll. Sie wollen nur den Mindestbetrag des § 5 gewähren, wir wollen es offen lassen, ob nicht später durch Specialgesetz mehr gewährt werden kann. Wird dies offen gelassen, können die Kreise eher auch die Unterstützungen erhöhen. Uns scheint daher unser Antrag vorthellhafter für die Kreise und für die Familien der Soldaten. Den Abg. Meyer-Jena bitte ich, bei solcher Veranlassung nicht Streit zu suchen. Haben wir es denn jemals für unzulässig erklärt, in solchen Fragen bei der dritten Lesung anders zu stimmen wie in der zweiten? Zu Correcuren ist ja die dritte Lesung da. So hat die frühere Fortschrittspartei auch u. a. beim Pothgesetz gehandelt. Anders steht die Sache in großen Fragen, wenn man gewisse Dinge in zweiter Lesung für unannehmbar erklärt hat und sie dann doch preisgibt. Erklärt aber die Regierung eine einzelne, zumal nicht wichtige Bestimmung eines Gesetzes für unannehmbar, so lasse ich dieselbe allerdings fallen, wenn nur im übrigen die Durchbringung des Gesetzes werthvoll ist. Der Antrag Richter wird hierauf gegen Nationalliberale und Freisinnige abgelehnt und der Antrag v. Kleist mit großer Mehrheit angenommen; das Gesetz wird schließlich mit dieser Aenderung genehmigt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Montag.

Deutschland.

Berlin, 5. Februar. In den Meldungen über die Krankheit des Kronprinzen ist plötzlich wieder ein günstiger Umschlag eingetreten; der Luftröhrenschnitt, der vor zwei Tagen als vorausichtlich bald wahrscheinlich bezeichnet wurde, steht angeblich nicht mehr in Rede und Dr. Mackenzie ist nicht nach Barcelona, sondern nach London abgereist, was ansehend mit dem Beschuß im Zusammenhang steht, daß der Kronprinz bis zum Mai in San Remo verbleibt. Der ganze Zwischenfall beweist wieder einmal, wie unzuverlässig alle diese Nachrichten sind. Für den Fall, daß weitere Anordnungen aus dem Reihkopf des Kronprinzen stattfinden sollten, wäre zu befürchten, daß der Patient, anstatt dieselben auszuhalten, sie verschluckt, und daß beim Athmen eine solche Partikel in die Lunge gelangt und eine gefährliche Entzündung hervorruft. Zur Vermeidung solcher Zwischenfälle würde der Luftröhrenschnitt geeignet sein, da nach Vornehmen desselben der Patient des Reihkopfes zum Athmen nicht bedarf, derselbe also nach unten geschlossen werden kann. Selbstverständlich würde eine solche präventive Operation nur im Falle einer drohenden Gefahr ausgeführt werden. Inzwischen scheinen die Aerzte sich davon überzeugt zu haben, daß weitere Ablösungen überhaupt nicht oder vorläufig nicht zu erwarten sind. Um so überraschender ist es, wenn neuerdings wieder in einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus San Remo die Rückkehr Mackenzies für nächsten Dienstag in Aussicht gestellt und gleichzeitig Prof. v. Bergmann angekündigt wird, der kleinere Wundrunden besichtigen soll. Mackenzie hat San Remo am 3. Februar früh verlassen; soll er am Dienstag wieder dort eintreffen, so mußte er, kaum in London eingetroffen, schon wieder abreisen. Mit anderen Worten: in der Zwischenzeit, d. h. in den Tagen vom 3. und 4. d. mußten in dem Befinden des Kronprinzen Veränderungen eingetreten sein, welche sofortige operative Eingriffe nothwendig machen. Auch davon ist in den Meldungen vom gestrigen Tage nichts zu finden, obgleich dieselben der Zeit nach jünger sind, als die Mittheilung des Frankfurter Blattes. Der Berichterstatter des „Berl. Tgl.“ konstatirt allerdings, daß der Kronprinz Schmerz beim Schlucken empfinde, versichert aber authentisch, es sei kein Anzeichen da, daß eine Operation nothwendig werden könnte.

Berlin, 5. Febr. Auf die Adresse der Berliner Bürger, welche dem Kronprinzen und der Kronprinzessin an ihrem 30. Hochzeitsstage überreicht wurde, ist folgendes Dankschreiben an das hiesige Comité eingetroffen: Wir haben die kostbare und künstlerisch ausgestattete Adresse der Einwohnerschaft aus Anlaß der dreißigsten Wiederkehr unseres Vermählungstages mit tiefbewegtem Herzen entgegengenommen und sprechen allen, welche sich an derselben betheiligt, unseren aufrichtigen Dank für diesen neuen Beweis anhänglicher Gesinnungen der Hauptstadt aus. Gewohnt, bisher gedachten Tag in Berlin zu feiern, gewohnt es uns in diesem Jahre, wo wir genöthigt sind, in der Ferne zu weilen, große Freude, ein solches Zeichen theilnehmenden Gedankens aus der Heimath zu erhalten, in welche bei dem Eintritt milderer Jahreszeit zurückzukehren wir zuversichtlich hoffen.

San Remo, den 27. Januar 1888. Friedrich Wilhelm, Kronprinz, Victoria, Kronprinzessin.

[Die in Cannes verstorbenen Comtesse Diga Münster], die Tochter des deutschen Botschafters in Paris, wird nach Deutschland übergeführt und in der gräflich Münster'schen Familiengruft auf Schloß Verneburg (Provinz Hannover) beigesetzt werden.

Stettin, 4. Februar. Die Generalversammlung der Corporation der Kaufmannschaft genehmigte die Anschaffung dreier Eisbrecher und die Aufnahme einer Anleihe von 400 000 Mk. zu diesem Behuf.

Altona, 3. Februar. Der schwarze Prinz Alfred Bell aus Bellsdorf in Ramerun, der Sohn King Bells, welcher bekanntlich mit zwei schwarzen Landsknechten hierher kam, um das Zimmerhandwerk zu erlernen, und mit an dem Rameruner Schulgebäude gearbeitet hat, ist jetzt nach Bremen übergesiedelt, um sich dort noch im Schlosserhandwerk auszubilden.

Weimar, 4. Febr. Der Großherzog vollendet in diesem Jahre, am 24. Juni, sein siebenzigstes Lebensjahr. In verschiedenen Kreisen war der Gedanke angeregt worden, dem am das Land hochverdienten Fürsten an diesem Tage eine besondere Huldigung darzubringen. Auf die Anfrage, ob eine besondere Feier genehm sei, hat der Großherzog indeß, wie man der „Allg. Z.“ berichtet, erwidern lassen, daß er die Anregung mit herzlichem Dank begrüße, aber nicht vermöge, den siebenzigsten Geburtstag anders als alle vorhergehenden zu beurtheilen, und Werth darauf lege, daß diese Ansicht in Stadt und Land getheilt werde. In Folge dessen wird eine besondere Feier nicht stattfinden; hoffentlich wirkt dieses Beispiel von so hervorragender Stelle mächtigend ein auf die übermäßige Neigung zu feierlicher Begehung von Geburtstagen und Jubiläen.

Gotha, 4. Februar. Der Landtag hat den Staatsvertrag mit Preußen wegen Uebnahme und wegen Ausführung mehrerer Lokalbahnen einstimmig angenommen.

Heidelberg, 3. Februar. Der altkatholische Pfarrer Rihs, dessen Renitenz gegen den altkatholischen Bischof und die Bonner Synodalrepräsentanz so viel Staub erregte und zur Amtsentsetzung desselben führte, ist, wie dem „Frankf. Journ.“ geschrieben wird, nach Befestigung seines Urtheils durch die Synode zum Protestantismus übergetreten und wurde nach einem Collegium mit einem Generalsuperintendenten in die preußische Landeskirche aufgenommen. Am 1. März tritt Dr. Rihs seine neue Stellung an.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. Eine den Zeitungen zugegangene Mittheilung der hiesigen russischen Botschaft besagt, daß der Minister des Aeußern, Flourens, bei einem am letzten Mittwoch stattgehabten Empfange bei dem Handelsminister den Kammerpräsidenten Floquet auf dessen Anfragen dem Botschafter v. Mohrenheim vorgestellt habe, nachdem er sich vorher der Zustimmung des letzteren versichert hatte. Was über Schritte, welche dieser Vorstellung vorangegangen wären, von Zeitungen gemeldet worden, sei vollständig unbegründet. (M.T.)

Amerika.

Montevideo, 4. Februar. Beide Kammern der Republik Uruguay beschloßen die Aufhebung der Ausfuhrzölle.

Am 7. Febr.: S.-A. 740. U. 450. Danzig, 6. Febr. M.-A. 352. M.-U. bei Tage.

Wetterausichten für Dienstag, 7. Februar. Milde Mitternacht bei meist trübem Himmel mit Niederlagen und frischen bis starken Winden; vorwiegend aus West bis Nordwest. Vielfach Nebel.

* [Verkehrs-Kalamität.] Ein furchtbarer Nordsturm — durch das Sonnabend Abend mitgetheilte Telegramm der deutschen Seewarte bereits signalisirt — tobte namentlich in der Nacht zu Sonntag und steigerte sich in den ersten Morgenstunden zu orkanartiger Gewalt. Derselbe hat auf dem Lande denn auch mannigfache Beschädigungen an Gebäuden und Anpflanzungen angerichtet. Die schlimmsten Hindernisse hat er aber unserem Verkehrswesen bereitet. Die Schneemassen, welche der Sturm fast unaufhörlich herabstegte, wurden stellenweise bis zu 8 Fuß Höhe aufgeschichtet und durch den Luftdruck so fest zusammengepreßt, daß sie wie Eisberge erschienen. Auf den Pferdebahnhöfen nach Langfuhr und Schibitz mußte der Betrieb schon Sonnabend Abend eingestellt werden, da die Geleise nicht mehr passirbar waren. Nach Langfuhr wurden die Passagiere in vierpännigen Omnibusen befördert und diese Beförderungsort auch den gestrigen Vormittag über beibehalten, während Arbeitercolonnen und Comries die Freilegung der Geleise bewirkten. Gestern Mittag konnte auf beiden Strecken der Pferdebahnbetrieb wieder aufgenommen werden. Auf der Stadtbahnlinien mußten gestern Vormittag ebenfalls statt einspännig, vierpännig gefahren werden; auch auf der Linie Danzig-Orta war der Betrieb sehr erschwert, erlitt dort aber in Folge der geschützten Lage des Geleises keine Unterbrechung. Daß auch der Fuhrwerksverkehr auf den Landstraßen durch Schneemassen vielfach gehemmt war, ist selbstverständlich.

Den schwersten Kampf mit dem entfesselten Element haben die Eisenbahn-Verwaltungen zu führen gehabt. Zugverspätungen auf allen Strecken war gestern ein allgemeines, aber noch das kleinere Uebel; auf einer Reihe von Linien in West- und Ostpreußen hat der Betrieb zeitweise ganz eingestellt werden müssen, und auf einigen derselben hatte er bis heute Vormittag noch nicht eröffnet werden können. Den umfassenden Maßnahmen der Eisenbahn-Verwaltung gelang es, auf den Strecken Danzig-Sopot, Danzig-Neufahrwasser, Danzig-Königsberg und Simonsdorf-Ziegenhof der Hauptsache nach den Verkehr aufrecht zu erhalten, wenngleich die Züge theilweise nur mit erheblichen Verspätungen befördert werden konnten. Dagegen mußte der Betrieb vorläufig eingestellt werden auf der Linie Gubenboden-Allenstein, wo er voraussichtlich noch auf einige Tage gesperrt sein wird, ebenso auf der Linie Brauß-Carthaus und auf der Linie Hohenstein-Berent für die Strecke von Hohenstein bis Schöneck. Von Danzig bis Altemühl (Station vor Zuckau) ist der Verkehr inzwischen wieder eröffnet, auf der Reststrecke sowie der Linie Hohenstein-Schöneck wird er voraussichtlich in 24 Stunden wieder aufgenommen werden können. Zwischen Altemühl und Zuckau entgeiste die Lokomotive, stürzte vom Bahndamm herab und riß zwei Waggons mit, glücklicherweise ohne daß Personen zu Schaden kamen. Ferner zwischen Jahnendorf und Götthendorf (Linie Gubenboden-Allenstein), auf Bahnhof Schöneck und zwischen Grünhagen und Pr. Holland kamen Entgleisungen vor, auch dort ohne Beschädigung von Passagieren und Zugerpersonal. Die Ursache dieser Entgleisungen besteht darin, daß die Geleise, vornehmlich an den Ueberwegen, von Eis- und Schneemassen vollständig zugeedrückt und diese Hindernisse nicht erkennbar waren.

Verhältnismäßig günstig war die Situation auf der hinterpommerischen Linie und auf der Strecke Dirschau-Ronitz-Schneidemühl, wo der Betriebsstörungen nicht vorkamen. Dagegen war in der Nähe von Alarheim schon Sonnabend Abend ein Zug im Schnee stecken geblieben und hatte die Linie Bromberg-Dirschau gesperrt. Der Nacht-Courierzug von Berlin mußte gestern bei Magmillanowo liegen bleiben und später über Schneidemühl-Ronitz geleitet werden. In Folge dessen traf er statt um 8.39 Uhr Morgens, erst 6 Uhr Abends in Dirschau ein. Ein Theil der Berliner Post wurde daher gestern über Stolp befördert. Seit heute früh ist die Strecke Bromberg-Dirschau wieder fahrbar. Gesperrt sind noch die Linien Allenstein-Hohenstein (Ostpr.), Warmditt-Robbelbude, Hohenkirch-Bischdorswerder, Garfsee-Lessen und Jablonowo-Strasburg. Die Strecke Jablonowo-Bischdorswerder wird noch bis morgen gesperrt bleiben. Die Reisenden werden dort mit Schritten befördert. — Ueber die Betriebsstörungen auf der rechten Weichselseite (Thorn-Marienborg) berichtet im provinziellen Theil unser Marienborger Correspondent. Heute ist auch diese Strecke wieder frei. — Auf der Strecke Marienborg-Milanka ist die kleine Gettenlinie von Japanshomo nach Lössau seit drei Tagen und auch gegenwärtig noch gesperrt; auf der Hauptlinie mußte gestern ebenfalls der Betrieb eingestellt werden, da der um 4 Uhr abgelassene Zug bei Goldau im Schnee stecken blieb. Bis heute Mittag war die Strecke wieder so weit geäubert, daß Nachmittags der fahrplanmäßige Betrieb beginnen kann.

* [Aerziekkammer.] Die morgen hier tagende Aerziekkammer der Provinz Westpreußen wird sich außer mit dem Entwurf einer Geschäftsordnung und den vorgeschriebenen Mahlen der Vertreter für die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen und das Provinzial-Medizinal-Collegium noch mit einem Antrage betreffend die allgemeinere Einführung von Desinfectionsöfen mit stromendem Wasserdampf und mit dem § 5 der allerh. Verordnung vom 25. Mai 1887, betreffend die Entziehung des Wahlrechts zu den Aerziekkammern, beschäftigen.

* [Von der Weichsel.] Durch den Nordsturm war eine Unmasse Eis bei Neufahr aus der See in die Mündung getrieben und hatte diese sowie mehrere hundert Meter stromauf die aufgedröhene Stromrinne ausgefüllt. Auch das flache Land bei Plehnendorf ist mit Eismassen bedeckt. Die Eisbrecher wagten nicht, die eingetretene Stoppung zu lösen, da die losen Eismassen dann noch weiter stromauf treiben mußten, was gefährlich erschien. In Folge der Mündungsverstopfung stieg gestern der Wasserstand bei Plehnendorf bis auf 4.30 Meter am Oberpegel, 4.26 Meter am Unterpegel. Heute findet bereits ein normales Abfließen der eingetriebenen Eismassen statt, und es ist der Wasserstand bereits bis auf 3.82 resp. 3.70 Meter gesunken. — Bei Warschau ist in den letzten Tagen der Wasserstand um einige 30 Centimeter gestiegen.

Der Eisbrechdampfer „Osa“, an dessen Maschine in der Alawitter'schen Schiffsbauanstalt kürzlich eine Reparatur vorgenommen ist, machte am Sonnabend eine Probefahrt und hat bei dieser Gelegenheit das starke Eis der todtten Weichsel bis Neufahrwasser durchbrochen.

* [Seminar-Auflösung.] Herr Consistorialrath Hevelke wird das von ihm bisher geleitete Lehrerinnen-Seminar im September d. J. definitiv auflösen.

* [Friedrich-Wilhelm-Schühengilde.] Im oberen Saale des Schühenhauses fand gestern Abend unter starker Betheiligung der Mitglieder dieser Gilde und ihrer Familien eine Hageborn'sche Soiree statt, wobei namentlich durch Nebelbilder mit elektrischer Beleuchtung die Professor Nordenskiöld'sche Expedition in die großen Eismeere veranschaulicht wurde. Heute Nachmittag 2 Uhr fand eine gemeinschaftliche Schlittenfahrt der Schühengilde von dem Schühenhaus aus durch den Wald nach Joppot statt.

* [Bazar.] Mit Concertmusik der Kapelle des Artillerie-Regiments Nr. 16 wurde gestern Nachmittag 4 Uhr der im Franziskaner-Kloster zu Gunsten des hiesigen Diakonissen- und Arankenhauses veranstaltete Bazar eröffnet. Diese von Damenhänden reich ausgestattete und wohlgeordnete Ausstellung hatte sich bereits gestern eines recht großen Besuches zu erfreuen. Auch Einkäufe wurden zahlreich ausgeführt. Die jungen Damen, welche die Stelle der Verkäuferinnen übernommen, erschienen in effälligen und altdeutschen Kostümen. Während heute Vormittag von 10 Uhr ab nur der Verkauf der ausgekauften Sachen stattfand, findet von 4 Uhr Nachmittags ab wieder Concertmusik statt und morgen tritt die Verlosung der nicht verkauften Gegenstände ein. Nach Beendigung derselben wird der Saal möglichst schnell wieder ausgeräumt und mit 400 bis 500 Stühlen besetzt, da morgen Abend in diesen Räumen vom Besten des genannten Arankenhauses eine große Theegesellschaft abgehalten werden soll, zu welcher nur eingeladene Gäste Zutritt haben. Während derselben werden Gesangsvorträge und Declamationen von Dilettanten gehalten werden.

* [Entflogen.] Wie der hiesigen Polizeidirection aus Posen mitgetheilt wird, ist der bei der dortigen Firma Bergas angestellt gewesene Buchhalter Louis Waerwald nach Unterschlagung einer Summe von 5000 Mark entwichen.

[Polizei-Bericht vom 5. und 6. Febr.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen Körperverletzung mit einem Messer, 1 Mädchen wegen Taschendiebstahls, 1 Rauscher, 1 Arbeiter wegen Verhinderung der Arretirung, 1 Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs, 1 Tischler wegen Widerstandes, 2 Arbeiter wegen groben Unfalls, 1 Betrunkener, 3 Bettler, 14 Obdachlose. — Geflohen: 1 weisse Waffelbrotbehe, 1 roth- und weisse gestreifter Bettbezug, 1 weisses Mannshemd, 1 Frauenhemd, 3 Kinderhemden, 1 blaue gestreifte Schürze, 2 Handtücher, einige Taschentücher, 1 Herren-Winterüberzieher. — Gefunden: 3 Schlüssel, abgehoben von der Polizei-Direction hier.

Schöneck, 5. Febr. In Folge des furchtbaren Schneewehens am gestrigen Tage sowie in der verfloßenen Nacht traf der um 7 Uhr fällige Zug von Berent erst um 9 1/2 Uhr ein und blieb kurz vor dem Bahnhof im Schnee stecken. Es entgaste hierbei die Maschine, während die Wagen auf dem Geleise stehen blieben. Weiterer Schaden ist dadurch nicht entstanden, doch wird wohl der Bahnverkehr nach Berent auf einige Zeit ruhen müssen. Der Vormittags 10 1/2 Uhr fällige Zug von Danzig kam erst Nachmittags 4 1/2 Uhr an. — Der hiesige Gesangsverein veranstaltete am gestrigen Abend eine Gesangsaufführung, deren Reinertrag zu einem wohltätigen Zweck bestimmt ist. Trotz der Ungunst des Wetters war ein sehr reiches Publikum erschienen.

Ziegenhof, 15. Febr. Im Deutschen Hause tagte gestern eine Verbandssitzung der landwirthschaftlichen Vereine im großen und kleinen Saal, bei welcher die Vereine Ziegenhof, Neuteich, Ladehopp und der landwirthschaftliche Verein Neuteich vertreten waren. Es kamen zwei Schreiben des Ministers für Landwirtschaft und des Schatzerei-Directors Behmer zur Verlesung und Berathung. Behmer will das bisherige mangelhafte Prämiirungs-System für Vieh geändert wissen und hat ein eigenes System aufgestellt, nach welchem nach Points prämiirt werden soll. Er ist bereit, Herren praktisch zu Preisrichtern heranzubilden und zu diesem Zwecke vor je 6 bis 8 Personen in einzelnen Zuchtviehställen Instructions- Stunden zu geben und sein System zu zeigen, damit das Prämiirungssystem in andere Bahnen gelenkt wird. Die entfallenden Kosten trägt der Minister. Der Verband beschließt, Herrn Behmer zu erlauben, im Bezirk des Verbandes mehrere Instructionsstunden, wenn angänglich noch im Februar, zu geben. Im Bezirk des Ziegenhofs werden die Ställe der Herren Harms-Drloff und Quiring-Drloff als Versuchsstationen bestimmt. — Bezüglich der gemeinsamen Befellung von Sämereien, künstlichem Dünger und Futtermitteln sollen beim Centralverein Erkundigungen nach dem Preise der einzelnen Produkte (a 200 Ctr.) eingeholt werden. Ferner wird beschloßen, alljährlich mit der Verbandssitzung im Januar eine allgemeine Samenausstellung zu verbinden. In diesem Jahre soll die Ausstellung in Ziegenhof am 29. Februar stattfinden. Auch Nichtmitglieder werden als Aussteller zugelassen. Die Untersuchung der Sämereien auf Keimfähigkeit durch die Controlstation ist nicht nothwendig. — Zu dem Antrag Neuteich auf Abänderung der Verordnung des Provinzialraths bezüglich der Befüllung der Lastwagen wird vom Referenten ausgeführt, daß dem Antrag ein Irrthum zu Grunde gelegen habe. Es sei das Gewicht des Wagens mit dem der Last verwechselt worden. Das Gesetz vom 20. Juni 1887 läßt für Felgenbreite von 6 1/2—10 Cm. eine Ladung von 50 Ctr. zu. Vom Provinzialrath ist das Gewicht des Wagens auf 25 Ctr. normirt worden. Die Befüllung dieses Punktes giebt jedoch Veranlassung, auf die Verordnung des Bezirksauschusses vom 17. Dezember 1887, nach welcher das zulässige Ladungsgewicht für die Chausseen des Kreises Marienburg für die Zeit vom 15. September bis 15. Mai um 1/2 herabgesetzt wird, einzugehen. Der Verband beschließt, beim Kreis- und Bezirksauschuß um Aufhebung der Verordnung zu petitioniren, da die in derselben angegebene Begründung nicht als zureichend angesehen wird und die Verordnung besonders für den Rübenerverkehr sehr störend ist. — Ueber die Petition des

Verantwortliche Redactoren: Für den politischen Theil und gemeinliche Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Familien- und Literarische: H. Nöcker, — den lokalen und provincieellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenteil: H. B. Rosenmann, sämmtlich in Dömitz.

